**Tiroler Aktions-Plan zur Umsetzung**

**der Behinderten-Rechts-Konvention**

**Kapitel: Selbst-bestimmt Leben und Soziale Teilhabe**

Selbst-bestimmt Leben heißt,

das eigene Leben selbst gestalten zu können.

Zum Beispiel: selbst zu entscheiden,

wo und wie man leben und wohnen möchte.

Soziale Teilhabe heißt,

am Leben in der Gesellschaft teilzuhaben.

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit den Themen:

* Unterstützungs-Leistungen,
* Wohnen in Einrichtungen,
* Politische Teilhabe,
* Wahlen,
* Sexualität und Familie und
* Schutz vor Armut.

1. Was sagt die UN-Behinderten-Rechts-Konvention?

Menschen mit Behinderungen müssen die gleichen Möglichkeiten haben

wie Menschen ohne Behinderungen.

Sie müssen dabei unterstützt werden.

Der Staat muss Menschen mit Behinderungen

ihre Teilhabe an der Gemeinschaft erleichtern.

Zum Beispiel durch gemeinde-nahe Unterstützungs-Maßnahmen.

Eine solche Unterstützungs-Maßnahme ist die Persönliche Assistenz.

Der Staat muss auch dafür sorgen,

dass Menschen mit Behinderungen

ihre politischen Rechte wahrnehmen können.

Menschen mit Behinderungen haben das Recht

zu wählen und gewählt zu werden.

Wahl-Behörden und Informationen zu Wahlen müssen barriere-frei sein.

Menschen mit Behinderungen haben das Recht,

zu heiraten und eine Familie zu gründen.

Menschen mit Behinderungen haben auch das Recht

auf einen angemessenen Lebens-Standard.

Ein angemessener Lebens-Standard bedeutet

eine angemessene Ernährung, Kleidung und Wohnung.

Menschen mit Behinderungen sind vor Armut zu schützen.

Zum Beispiel durch Unterstützungs-Leistungen,

wie Beratungen, Schulungen und Hilfen in Geld.

1. Unterstützungs-Leistungen

Wie ist die Situation in Tirol?

Menschen mit Behinderungen

können mobile Unterstützungs-Leistungen in Anspruch nehmen.

Durch Unterstützungs-Leistungen

sollen Menschen mit Behinderungen selbst-ständig wohnen können.

Eine mobile Unterstützungs-Leistung ist

zum Beispiel die Persönliche Assistenz.

Die Persönliche Assistenz hilft Menschen mit Behinderungen bei den Tätigkeiten,

die sie nicht selbst ausführen können.

Manche Menschen sagen,

dass sie zu wenig unterstützt werden.

Und dass deshalb manche Menschen mit Behinderungen

in Einrichtungen leben müssen.

Oft müssen Angehörige Menschen mit Behinderungen unterstützen.

Nicht alle Menschen mit Behinderungen

können alle Unterstützungs-Leistungen in Anspruch nehmen.

Je nach Unterstützungs-Leistung

müssen Menschen mit Behinderungen einen Kosten-Beitrag zahlen.

Der Kosten-Beitrag ist ein Geld,

das Menschen mit Behinderungen

für eine Leistung selbst bezahlen müssen.

Manchmal bleibt Menschen mit Behinderungen aber nicht so viel Geld übrig.

Welche Maßnahmen wurden vorgeschlagen,

um die Ziele der UN-Behinderten-Rechts-Konvention zu erreichen?

* Man soll Bestimmungen aufzeigen,

die ein selbst-bestimmtes Leben verhindern.

* Man soll die Unterstützungs-Leistungen vom Land Tirol prüfen.

Es ist zu prüfen, ob die Unterstützungs-Leistungen

die selbst-bestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gewährleisten.

Und ob sie den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen entsprechen.

Es soll einen Prüf-Bericht geben.

Das Land Tirol soll die Leistungen weiter-entwickeln.

* Mehr Menschen sollen eine Persönliche Assistenz bekommen können.

Zum Beispiel auch Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Daran wird bereits gearbeitet.

* Mobile Unterstützungs-Leistungen

sollen gemeinde-nah angeboten werden.

Das soll vom Land Tirol unterstützt werden.

* Das Land Tirol soll Wohn-Angebote für Menschen mit Behinderungen prüfen und weiter-entwickeln.
* Das Land Tirol soll prüfen,

ob die Bestimmungen zum Kosten-Beitrag

in Härte-Fällen genauer geregelt werden können.

* Das Land Tirol soll Daten

zu Leistungen der Behinderten-Hilfe

im Sozial-Bericht veröffentlichen.

1. Wohnen in Einrichtungen

Wie ist die Situation in Tirol?

Viele Wohn-Formen in Tirol sind noch nicht inklusiv.

Viele große Einrichtungen werden in den nächsten Jahren noch verkleinert.

Manche Menschen mit Behinderungen sagen,

dass sie zu wenig individuelle Begleitung bekommen.

Beim Wechsel in eine Wohn-Einrichtung

können sie ihre Assistenz nicht mit-nehmen.

Oft können sie ihre Freizeit nicht nach eigenen Wünschen gestalten

oder müssen die Einrichtungen informieren,

wenn sie etwas unternehmen möchten.

Menschen mit psychischen Erkrankungen oder psycho-sozialen Problemen

sind oft wohnungs-los.

Sie brauchen einen einfachen Zugang

zu leistbarem Wohnen in einem Umfeld, in dem sie sich wohl fühlen.

Welche Maßnahmen wurden vorgeschlagen?

* Es soll mehr Wohn-Raum für Menschen mit Behinderungen geben.

Der Wohn-Raum soll inklusiv, leist-bar und barriere-freie sein.

Das Land Tirol soll mit gemein-nützigen Wohn-Bau-Trägern

zusammen-arbeiten.

* Es braucht ein Programm zur De-Institutionalisierung.

De-Institutionalisierung heißt:

Menschen mit Behinderungen sollen nicht mehr

in eigenen Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen leben müssen.

Sondern sie sollen gemeinsam mit allen anderen Menschen

in der Gesellschaft leben können.

* Im Rahmen des gemeinnützigen Wohn-Baus

soll es mehr inklusive Wohn-Formen geben.

* Gesetze und Förderungen des Landes sollen das Ziel haben,

inklusive Wohn-Formen zu schaffen.

* Es soll tirol-weite Beratungs-Stellen und Peer-Beratung geben.
* Für Menschen mit Lern-Schwierigkeiten,

die in gemein-nützigen Wohnbau-Projekten leben,

soll es Miet-Verträge in leichter Sprache geben.

1. Politische Teilhabe

Wie ist die Situation in Tirol?

Menschen mit Behinderungen haben es oft schwer,

wenn sie an der Politik teilhaben möchten.

Sie verstehen oft nicht,

was die Politiker:innen sagen.

Oder was in den Gesetzen steht.

Das trifft vor allem Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.

Auch gehörlose Menschen

können an der Politik oft nur eingeschränkt teilhaben.

Wichtige Informationen sind oft nicht in Gebärden-Sprache.

Menschen mit Behinderungen brauchen genug barriere-freie Informationen.

Und zwar zu politischen Entscheidungs-Verfahren

und zu Verfahren zur Entstehung von Gesetzen.

Menschen mit Behinderungen müssen in diese Verfahren eingebunden werden.

Welche Maßnahmen wurden vorgeschlagen?

* Es ist zu prüfen,

ob die Verfahren für Gesetzes-Begutachtungen barriere-frei sind.

Die Verfahren sind weiter-zu-entwickeln.

* Es sollen barriere-freie politische Kampagnen statt-finden.
* Mitglieder der Landes-Regierung sollen bei öffentlichen Ansprachen

öfter eine einfache und verständliche Sprache verwenden.

* Es soll Schulungen für Landes-Bedienstete geben,

die mit Sprache und Informations-Weitergabe arbeiten.

Sie sollen Informationen zu leichter Sprache erhalten.

* Nach einer bestimmten Zeit ist zu prüfen,

ob die Maßnahmen im Aktions-Plan umgesetzt wurden.

Menschen mit Behinderungen sollen bei den Überprüfungen dabei sein.

1. Wahlen

Wie ist die Situation in Tirol?

Bestimmungen in den Tiroler Gesetzen zu Wahlen

sollen Menschen mit Behinderungen

die Teilnahme an Wahlen ermöglichen und erleichtern.

Zum Beispiel muss es für blinde Menschen und Menschen mit Seh-Behinderungen

Wahl-Zettel-Schablonen geben.

Für Menschen mit Mobilitäts-Einschränkungen oder Sinnens-Einschränkungen

muss es die Möglichkeit geben,

sich bei der Wahl helfen zu lassen.

Menschen mit Behinderungen sollen die helfende Person

selbst aussuchen können.

Möglichst viele Wahl-lokale müssen barriere-frei erreichbar sein.

Es gibt keine Zahlen dazu,

wie viele Menschen mit Behinderungen

in politischen Gremien vertreten sind.

Auch Zahlen zu Menschen mit Behinderungen in Jugend-Vertretungen fehlen.

Welche Maßnahmen wurden vorgeschlagen?

* Der Zugang zu Wahlen, zu politischen Informationen

und behördlichen Schrift-Stücken

soll umfassend barriere-frei sein.

Regelungen zu Wahlen sind zu prüfen.

* Das Land Tirol stellt vor jeder Wahl

barriere-freie Informationen zur Verfügung.

Zum Beispiel Informationen zu Wahlen in leichter Sprache.

* Es ist zu prüfen,

wie viele Wahllokale barrierefrei zugänglich sind.

Es soll mehr barriere-frei zugängliche Wahl-Lokale geben.

* Es soll erhoben werden,

wie viele Menschen mit Behinderungen

in politischen Gremien vertreten sind.

Es soll auch erhoben werden,

wie viele Jugendliche in Jugend - Vertretungen,

in Vertretungen auf Euregio-Ebene

und in freiwilligen Gremien vertreten sind.

1. Sexualität und Familie

Wie ist die Situation in Tirol?

Laut einer österreichischen Studie

ist nur etwa jeder zweite Mensch mit Behinderung,

der in einer Einrichtung lebt, aufgeklärt.

Die meisten Menschen mit Behinderungen,

die in Einrichtungen leben,

haben noch nie sexuelle Erfahrungen gemacht.

Nur wenige Menschen sprechen über die Sexualität

von Menschen mit Behinderungen.

Die Privatsphäre von Menschen mit Behinderungen

wird oft nicht respektiert.

Eine gesunde Entwicklung von Sexualität wird oft verhindert.

Welche Maßnahmen wurden vorgeschlagen?

* Es soll mehr Bewusstseins-Bildung

zur Sexualität von Menschen mit Behinderungen geben.

Zum Beispiel eine Veranstaltung.

Man soll über diese Themen sprechen:

Partnerschaft und Sexualität, Ausleben der Sexualität, sexuelle Gewalt, Verhütung und Schwangerschafts-Wunsch.

* Einrichtungen der Behinderten-Hilfe

sollen ein sexual-pädagogisches Konzept vorlegen müssen,

wenn sie eine Betriebs-Bewilligung beantragen.

* Es soll Schulungen zur Privat-Sphäre

und Sexualität von Menschen mit Behinderungen geben.

Und zwar für das Personal in Einrichtungen,

in denen Menschen mit Behinderungen leben.

Es soll Aufklärungs-Workshops für Menschen mit Behinderungen geben.

* Das Land soll überprüfen,

ob es in Einrichtungen Schulungen für das Personal

und für Menschen mit Behinderungen gibt.

* Es soll mehr Sensibilisierungs-Arbeit

zu Sex-Arbeit und Sexual-Begleitung geben.

Zum Beispiel durch Veranstaltungen.

1. Schutz vor Armut

Wie ist die Situation in Tirol?

Menschen mit Behinderungen

sind öfter armuts-gefährdet und arbeits-los

als Menschen ohne Behinderungen.

Menschen mit Behinderungen brauchen oft mehr Geld zum Leben

und brauchen oft Unterstützung.

Viele Menschen mit Behinderungen wissen nicht,

wo sie Informationen zu Unterstützungen finden.

Oft wissen Menschen mit Behinderungen nicht,

an welche Stellen sie sich wenden können.

Welche Maßnahmen wurden vorgeschlagen?

* Es soll mehr Vernetzungs-Arbeit geben.

Damit es weniger Wohnungs-Losigkeit und Armut gibt.

Durch verstärkte Vernetzung

sollen weniger Menschen mit Sucht-Erkrankungen

in Armut und Wohnungs-Losigkeit geraten.

Für diese Menschen braucht es mehr Informationen zu Aufklärung, Therapie, Unterbringung und Assistenz.

* Auf der Homepage des Landes soll es Informationen

zu Unterstützungs-Möglichkeiten geben.

Die Informationen sollen übersichtlich und barriere-frei sein.

Diese Informationen sollen auch in Broschüren des Landes stehen.

* Es soll Schulungen für Bedienstete

auf den Bezirks-Hauptmannschaften geben.

Damit die Bediensteten einen Überblick

über die unterschiedlichen Angebote des Landes bekommen.

* Die Leistungen des Landes,

die Armut von Menschen mit Behinderungen verringern können,

sind zu prüfen und weiter-zu-entwickeln.

* Es soll barriere-freie Möglichkeiten in der Wohnungslosen-Hilfe geben.

Das Angebot der Wohnungslosen-Hilfe

soll die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen berücksichtigen.